



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 28.09.2009

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:25 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Herr Erster Bürgermeister Wersch

ohne TOPs 6 + 7

TOPs 6 + 7

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Bode

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Brenner

Herr Stadtrat Dr. Compter

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Dullenkopf

Herr Stadtrat Funk

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Heinkele

Herr Stadtrat Herzhauser

Frau Stadträtin Kapfer

Herr Stadtrat Keil

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Rieger

Frau Stadträtin Sonntag

Herr Stadtrat Späh

Herr Stadtrat Walter

Herr Stadtrat Weber

Herr Stadtrat Wiest

entschuldigt:

Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Dr. Schmid
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Boehm, Personalrat TOP 9
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Herr Buchmann, Kulturamt
Frau Christ, Stadtplanungsamt
Herr Falk, Tiefbauamt ab TOP 9
Herr Fessler, Ordnungsamt
Herr Kopf, Hochbauamt
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Mildenberger, Hochbauamt
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport
Herr Romer, Amt für Bildung, Betreuung und Sport ab TOP 13
Herr Simon, Hauptamt
Herr Stiehle, Tiefbauamt
Herr Walz, Gebäudemanagement
Herr Erster Bürgermeister Wersch zeitw. Vorsitz
Herr Wilk, Hochbauamt

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Begrüßung nach der Sommerpause	
2.	Bürgerfragestunde	
3.	Wahl des Ortsvorstehers und seiner Stellvertreter für den Stadtteil Stafflangen	173/2009
4.	Wahl des Ortsvorstehers und seiner Stellvertreter für den Stadtteil Ringschnait	174/2009
5.	Wahl des Ortsvorstehers und seiner Stellvertreter für den Stadtteil Mettenberg	175/2009
6.	Oberbürgermeisterwahl 2010 Termine und Stellenausschreibung	153/2009
7.	Bildung des Gemeindevwahlausschusses für die Oberbürgermeisterwahl 2010	158/2009 + 158/2009-1
8.	"Stationäre Hospizversorgung im Landkreis Biberach - Finanzierung" Beteiligung der Stadt Biberach	176/2009
9.	Neues Rathaus - Umbau Erdgeschoss Einbau Bürgerinformationsstelle und Schließung der Arkaden Entwurf und Kostenschätzung	167/2009
10.	Umsetzung des Investitionsförderprogramms "Zukunft Bildung und Betreuung" (IZBB) am Wieland- und Pestalozzi-Gymnasium in Biberach Aufhebung des Sperrvermerks für einen Teilbetrag der Mittel auf HH-Stelle 2.2330.940000.2-100 im Haushaltsjahr 2009	164/2009
11.	Jugendkunstschule - energetische Fassadensanierung Entwurf und Kostenberechnung Finanzierung Konjunkturprogrammprojekte	171/2009
12.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Guttenbrunnweg/Krummer Weg" a) Bericht von der Bürgerbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange b) Billigung des Regelwerkentwurfes	162/2009
13.	Vorbereitende Untersuchungen gemäß Baugesetzbuch für den Bereich "Innenstadt Südwest"	161/2009
14.	Feststellung des Jahresabschlusses 2008 der Stadtwerke Biberach GmbH	151/2009
15.	Änderung der Erschließungsbeitragssatzung vom 20. Februar 2006	160/2009
16.	Feststellung des Jahresabschlusses 2007 und der Ergebnisverwendung des Eigenbetriebs Stadtentwässerung	168/2009
17.	Bürgerversammlung am 7. Oktober 2009 - Festlegung von Termin, Ort und Themen	180/2009
18.1.	Verschiedenes: Fußgängerampel Ulmer/Memminger Straße	
18.2.	Verschiedenes: Höhe der Sitzbänke in Bushaltestellen	
18.3.	Verschiedenes: Müllproblematik in der Fritz-Lieb-Straße	
18.4.	Verschiedenes: Braith-Haus, Karl-Müller-Straße	
18.5.	Verschiedenes: Vollsperrung Bergerhauser Straße und Ampelschaltung beim Neukauf	

Die Mitglieder wurden am 17.09.09 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 24.09.09 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Begrüßung nach der Sommerpause

OB Fettback begrüßt die Anwesenden zur ersten Gemeinderatssitzung nach der Sommerpause und der Wahl. Besonders begrüßt er die fünf Neulinge herzlich. Sie hätten hoffentlich die Zeit zur Einarbeitung genützt. Wichtige Entscheidungen stünden an, unter anderem zur Schulentwicklung, die auch nicht-öffentlich auf der Tagesordnung stehe. Überwiegend könne man sich darüber freuen, immer noch Gestaltungsmöglichkeiten zu haben, auch wenn sich die Finanzsituation schwieriger gestalten werde. Den Haushaltsentwurf habe man auf Ebene der Dezernenten gegenüber den Mittelanmeldungen um 25 Mio. Euro konsolidiert.

Es sei auch der Tag nach der Bundestagswahl. Dank gebühre allen Wahlhelfern, die sich ehrenamtlich engagierten. Dabei handle es sich bei der Stadt Biberach überwiegend um städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dank gelte auch Frau Appel und ihrem Team für die Vorbereitung und Abwicklung der Wahl. Er verweist auf Drucksache Nr. 187/2009, die als **Anlage** beigefügt ist.

Am Vortag habe man mit der Geburtstagsfeier für Ehrenbürger Kolesch eine weitere tolle Veranstaltung gehabt. Hierfür gebühre Frau Stolz und ihren Mitstreiterinnen Dank für die Organisation.

Gleichzeitig habe auch der Stadtlauf stattgefunden. Vermutlich sei StR Hagel von der Moderation noch heiser.

Insgesamt könne man auch anhand dieser Beispiele feststellen, dass das Gemeinwesen in Biberach gut entwickelt sei, was hoffentlich auch in Zukunft so bleiben werde.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend, die Fragen stellen möchten.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 173/2009 zur Beschlussfassung bzw. Wahl vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 17.09.09.

OB Fettback dankt allen Ortsvorstehern. Sie hätten keinen leichten Job und müssten den Spagat zwischen Vertretung der Bürgerwünsche und gleichzeitig Teil der Verwaltung zu sein leisten. Er dankt für die Amtsführung in den letzten fünf Jahren und dafür, dass sie sich bereit erklärt hätten, erneut zu kandidieren (Applaus). Ihre Arbeit werde aufgrund der finanziellen Lage nicht einfacher werden. Er verweist auf die einstimmige Empfehlung der Ortschaftsräte und des Hauptausschusses.

Eine geheime Wahl wird nicht gewünscht.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Herr Helmuth Aßfalg, Talblick 28, wird zum Ortsvorsteher des Stadtteils Stafflangen gewählt und mit sofortiger Wirkung bis zum Ende der Amtszeit der Ortschaftsräte zum Ehrenbeamten auf Zeit ernannt.**
- 2. Frau Ortschaftsrätin Waltraud Jeggle, Biberacher Str. 11, wird zur 1. Stellvertretenden Ortsvorsteherin ernannt.**
- 3. Herr Ortschaftsrat Erich Aßfalg, Talblick 22, wird zum 2. Stellvertretenden Ortsvorsteher ernannt.**

Es wird applaudiert.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 174/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 17.09.09.

Eine geheime Wahl wird nicht gewünscht.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Herr Walter Boscher, Sachsenring 23 , wird zum Ortsvorsteher des Stadtteils Ringschnait gewählt und mit sofortiger Wirkung bis zum Ende der Amtszeit der Ortschaftsräte zum Ehrenbeamten auf Zeit ernannt.**
- 2. Herr Ortschaftsrat Otto Deeng, Sachsenring 30, wird zum 1. Stellvertretenden Ortsvorsteher ernannt.**
- 3. Herr Ralf Weber, Bronnen 22, wird zum 2. Stellvertretenden Ortsvorsteher ernannt.**

Es wird applaudiert.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 175/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 17.09.09.

Eine geheime Wahl wird nicht gewünscht.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Herr Lothar Krause, Kapellenweg 17, wird zum Ortsvorsteher des Stadtteils Mettenberg gewählt und mit sofortiger Wirkung bis zum Ende der Amtszeit der Ortschaftsräte zum Ehrenbeamten auf Zeit ernannt.**
- 2. Herr Ortschaftsrat Josef Weber, Althof 10, wird zum 1. Stellvertretenden Ortsvorsteher ernannt.**
- 3. Herr Ortschaftsrat Heinrich Baur, Hochstetterhof 4, wird zum 2. Stellvertretenden Ortsvorsteher ernannt.**

Es wird applaudiert.

Anschließend überreicht OB Fettback den Gewählten ihre Ernennungsurkunden.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 153/2009 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback ist befangen und begibt sich in die Zuschauerreihen. Den Vorsitz übernimmt EBM Wersch.

Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 17.09.09.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Hauptwahl des Oberbürgermeisters findet am Sonntag, 7. Februar 2010, und eine evtl. Neuwahl am Sonntag, 28. Februar 2010, statt.**
- 2. Die Stellenausschreibung erfolgt im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg am Freitag, 20. November 2009, und in der Schwäbischen Zeitung (überörtlicher Teil) am darauf folgenden Samstag, 21. November 2009 mit dem als Anlage 1 zu Drucksache Nr. 153/2009 beigelegten Text.**
- 3. Das Ende der Bewerbungsfrist wird für die Hauptwahl auf Montag, 11. Januar 2010 und für die Neuwahl auf Mittwoch, 10. Februar 2010, festgesetzt.**
- 4. Sofern mindestens zwei Bewerbungen eingereicht und zugelassen werden, findet eine öffentliche Kandidatenvorstellung für die Hauptwahl am Donnerstag, 21. Januar 2010, in der Stadthalle statt. Für eine evtl. Neuwahl entfällt die Kandidatenvorstellung.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 158/2009 zur Beratung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 17.09.09. Die Fraktionen haben ihre Personalvorschläge unterbreitet, die in Drucksache Nr. 158/2009-1 berücksichtigt sind, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für die Oberbürgermeisterwahl im Jahr 2010 wird ein Gemeindevwahlausschuss mit folgender Zusammensetzung gewählt:

	Vorsitzender	Stellvertreter
	EBM Roland Wersch	BM Christian Kuhlmann
Fraktion	Beisitzer	Stellvertretende Beisitzer
CDU	Stadtrat Tom Abele	Stadtrat Otto Deeng
SPD	Kristel Buttschardt, Am Wolfgangsb 3, 88400 Biberach	Stadtrat Franz Lemli
FW/UB	Stadtrat Ulrich Heinkele	Stadtrat Dr. Hans-Joachim Compter
Grüne	Stadtrat Johann Späh	Stadtrat Dr. Peter Schmid
FDP	Stadtrat Christoph Funk	Stadtrat Jörg Bode

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 176/2009 zur Beschlussfassung vor. Der Hauptausschuss hat in seiner Vorberatung am 17.09.09 das Thema vorberaten und empfohlen, den Beschlussantrag dahingehend zu ergänzen, dass das Stationäre Hospiz in der Trägerschaft der St. Elisabeth-Stiftung erfolgen soll.

OB Fettback referiert kurz das Verfahren und lässt wissen, die Gründung einer Stiftung sei von Seiten der Kirche problematisch gewesen.

EBM Wersch führt aus, ausgehend vom ehemaligen Verwaltungsleiter Dullenkopf des Kreiskrankenhauses existiere seit vielen Jahren eine Initiative für ein stationäres Hospiz. Zunächst sei an die Implementierung im Kreiskrankenhaus gedacht gewesen, was gescheitert sei, da eine organisatorisch und baulich getrennte Lösung erforderlich sei und sich eine Angliederung als verlängerte Station als nicht möglich erwiesen habe. Daraus habe sich ein Initiativkreis Hospiz gegründet, zu dem er Anfang 2007 erstmals eingeladen worden sei. Es sei immer ein Fakt gewesen, dass weder die Kliniken noch der Hospital baulich und personell selbst ein Hospiz betreiben wollten. Ziel sei ein unabhängiger Betrieb gewesen und man habe die St. Elisabeth-Stiftung als Träger unterstützt. Offen gewesen sei die Frage der Finanzierung, wobei man ursprünglich davon ausgegangen sei, dass bis zu 3 Mio. Euro benötigt würden. Dies habe sich aber besser entwickelt. Schwieriger sei die Frage einer Stiftungslösung gewesen, da die Kirchen eine kirchliche Stiftung wollten, weshalb diese Überlegung am Ende gescheitert sei. Als Alternativvorschlag sei eine Kooperation mit einer definierten finanziellen Obergrenze auf Dauer von 15 Jahren überlegt und nun vorgeschlagen worden. Dies stelle keinen Nachteil, sondern eine Vereinfachung dar, da keine zusätzlichen Gremien benötigt würden und das Geld bei den Kooperationspartnern bleibe. Gleiches gelte für die Kontrolle. Ein politisches Korrektiv könne der Förderverein bilden und ein fachliches Korrektiv erfolge sicher durch die Kostenträger. Die Verwirklichung im Gebäude St. Maria werde von allen für möglich gehalten und der Mangel eines Gartens nicht als Grundhindernis angesehen.

Er spricht den **Antrag der CDU-Fraktion** an, der zur Sitzung eingereicht wurde und dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist. Die Stadt könne sich die Einrichtung eines Beirates vorstellen und dass auch die St. Elisabeth-Stiftung dieses Gremium als Chance verstünde. Er bittet jedoch, die Einrichtung dieses Gremiums nicht als Junktim für das stationäre Hospiz zu formulieren, sondern diesen Wunsch nur Herrn Miller als offenen Verhandlungsauftrag mitzugeben.

StR Wiest bemerkt, seit über drei Jahren kämpfe die Bürgerschaft um die Einrichtung eines Hospizes, weshalb nun die Entscheidung gefällt werden solle. Zwar wären günstigere Standorte vorstellbar, diese seien jedoch nicht greifbar. Das Gemeindehaus St. Maria sei durchaus geeignet. Ein Hospiz sei kein Sanatorium, weshalb ein fehlender Garten nicht entscheidend sein dürfe. Der Standort mitten in der Stadt sei seines Erachtens auch unproblematisch, denn Sterben sei Teil des Lebens. Als Betreiber habe man schon immer an die St. Elisabeth-Stiftung gedacht. Man benötige einen potenten, zuverlässigen und erfahrenen Träger und Betreiber. Für die CDU-Fraktion sei die Zustimmung möglich. In dieses Hospiz werde jeder aufgenommen, unabhängig von Geschlecht und Konfession. Man gehe davon aus, dass es durch den beantragten Beirat zu keinen weiteren Verzögerungen komme, da auch die St. Elisabeth-Stiftung ursprünglich vorgeschlagen habe, einen derartigen Beirat einzurichten. Daher rechne man damit, dass sie dem Ansinnen zustimmen werde.

StRin Kapfer bezeichnet die Entscheidung als überfällig. Dringlichkeit sei jedoch kein Grund übereilt zu reagieren. Sie finde es schade, dass es in Diskussionen nie um inhaltliche Fragen ging, dass keine bürgerschaftliche Stiftung gegründet werde und dass vieles unklar sei, beispielsweise das Konzept der St. Elisabeth-Stiftung zur Sterbebegleitung oder wie mit Patientenverfügungen umgegangen werde. Diese seien zwar gesetzlich geregelt, womöglich existierten aber großzügige Auslegungsregelungen. Auch wisse man nicht, welche Erfahrungen die St. Elisabeth-Stiftung mit Palliativmedizin habe und vieles mehr. Schade sei auch, dass die Hemmschwelle für Menschen anderer Weltanschauungen sicher bei diesem Träger schwerer sei. Den Antrag von StR Dullenkopf könne sie nur als minimalen Kompromiss sehen.

StRin Goeth signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler. Nach einem steinigem Weg sei nun endlich die Realisierung möglich, auch wenn Kompromisse erforderlich seien. Die geäußerten Bedenken gegenüber dem Konzept und ähnlichem seien berechtigt, man habe aber keine Alternative, wenn man nicht noch weitere zehn Jahre zuwarten wolle. Sie dankt den Verhandlungsführern EBM Wersch und Herrn Miller vom Landratsamt. Es gehe nicht um die Finanzierung des Hospiz, sondern um den Ausgleich des Defizits, da Träger der Kosten die Pflegekassen seien. Ein Beirat sei vorstellbar, auch wenn sie erstaunt sei, dass er in diesem Zusammenhang gefordert werde. In Anlage 13 des Haushalts seien über vier Millionen Euro enthalten, die man Einrichtungen zur Verfügung stelle und teilweise seien die jährlichen Zuschüsse wesentlich höher ohne dass ein Beirat gefordert werde. Sie erkundigt sich nach der vorgesehenen Besetzung und hält fest, er dürfe kein Junktim für die Entscheidung sein.

StR Späh bezeichnet das Hospiz als noch fehlenden Baustein und nun sei man dicht am Ziel, diesen zu erreichen. Die Kooperationsvereinbarung sei seines Erachtens der richtige Weg. Die Zeit sei reif für die Entscheidung und eine weitere Verzögerung empfinde man schade. Das Gemeindehaus St. Maria sei auch der richtige Standort, denn Sterben gehöre in die Mitte der Gesellschaft. Die St. Elisabeth-Stiftung habe langjährige Erfahrung in der Seniorenarbeit und betreibe einige Seniorenhäuser. Dabei werde sie sicher ständig mit Sterbenden konfrontiert, weshalb die Grünen es ihr zutrauten, ein Hospiz zu führen. Die Wirtschaftlichkeit werde sicher von den Pflegekassen kontrolliert. Er spricht sich gegen den Antrag auf Einrichtung eines Beirats aus.

Auch StR Braig hebt darauf ab, dass 90 Prozent der Kosten von den Krankenkassen getragen würden und es nur um die Restfinanzierung gehe. Auch werde im Sozialgesetzbuch die Ehrenamtlichkeit explizit gefordert. Das Misstrauen gegenüber der St. Elisabeth-Stiftung verstehe er nicht. Sie betreibe auch große Behinderteneinrichtungen und katholische Einrichtungen mit christlichem Auftrag hätten Andersgläubige noch nie diskriminiert. Auch er meint, die Einrichtung eines Beirats dürfe nicht zum Junktim für die Hospizgründung gemacht werden.

StR Dullenkopf hält den Beirat für erforderlich, um der Gesellschaft zu signalisieren, dass es sich um eine Einrichtung handle, die von vielen kontrolliert werde und bei der viele mitreden könnten, dass die St. Elisabeth-Stiftung also nicht machen könne was sie wolle. Mancher fühle sich dann vermutlich wohler, sich von dieser Einrichtung helfen zu lassen. Zur Besetzung könnte er sich vorstellen, dass von Stadt und Hospital evtl. nur ein Vertreter entsandt würde, gleiches von Landratsamt und der Kreissparkasse. Dann könnte noch ein Vertreter des Fördervereins dem Beirat angehören. Dieser käme seines Erachtens ein- bis zweimal pro Jahr zusammen und könnte klären, ob es Probleme gäbe wie beispielsweise die von StRin Kapfer aufgeworfenen Themen. Man wolle dadurch eine Entwicklung Richtung bürgerliches Hospiz erreichen und ein weiteres bürgerliches Hospiz für die nächsten 20 bis 30 Jahre verhindern.

StR Keil dankt StR Dullenkopf für diese Klarstellung, dass also keine Kontrolle der Finanzen gewollt, sondern mehr Transparenz das Ziel sei. Er habe Bedenken, da nie ein Betreiberkonzept vorgelegt worden sei.

EBM Wersch stellt klar, die Initiativgruppe habe immer überkonfessionell diskutiert. Der Abmangel werde nicht allein über die öffentliche Hand finanziert, sondern auch die Kirche müsse sich beteiligen. Die Frage der Zuverlässigkeit der St. Elisabeth-Stiftung habe sich nie gestellt, sondern man habe sie immer mit Trägern wie dem Krankenhaus oder dem Hospital gleichgestellt. Er bestätigt, dass er die Frage der Betriebsorganisation nicht beantwortet habe, da der Träger die Organisation selbst verantworte. Eine öffentliche Kontrolle sei jedoch durch die Regelungen im Sozialgesetzbuch gegeben. Auch Fragen wie die Patientenerklärung oder die Sterbebegleitung seien gesetzlich geregelt und von den Kirchen akzeptiert. Angeführte mögliche Probleme bei Mitarbeitern habe man bislang nie diskutiert, da dies auch für andere von Kirchen geführte Bereiche wie die Kindergärten gelten müsste.

StR Dullenkopf stellt klar, dass die Einrichtung des Beirats nicht als Junktim gesehen werde.

Der Antrag zur Einrichtung eines Beirats wird mit fünf Nein-Stimmen (StR Drews, Kapfer, Sonntag, Späh, Weber) und restlichen Ja-Stimmen **angenommen**.

Der Beschlussantrag in Drucksache Nr. 176/2009 mit der mündlich vorgetragenen Ergänzung wird mit 2 Nein-Stimmen (StRinnen Drews, Kapfer), drei Enthaltungen (StRe Bode, Braig, Funk) und restlichen Ja-Stimmen angenommen. Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Beteiligung der Stadt Biberach an der stationären Hospizversorgung im Landkreis Biberach in der Trägerschaft der St. Elisabeth-Stiftung mit einem Förderbetrag von maximal 30.000 € im Jahr für die Dauer von 15 Jahren.

Nach dem Wunsch der Stadt Biberach wird ein Beirat eingerichtet, der die Arbeit von Stiftung, Förderverein und Hospiz koordiniert. Mitglieder können die den Abmangel finanzierenden Institutionen und der Förderverein entsenden.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 167/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Beschlussfassung erfolgte im Bauausschuss am 21.09.09. Dabei wurde empfohlen, Satz 2 von Ziffer 2 zu streichen.

OB Fettback hebt auf die lange Geschichte der Bürgerinformationsstelle ab und betont, dass man keinen Vorschlag zur Unterbringung des Bereichs Tourismus im Rathaus mache, da dies eine Personalmehrung erforderte aufgrund der längeren Öffnungszeiten des Rathauses. Optional bleibe diese Lösung möglich. Eine Verglasung der Arkaden habe auch Nachteile, wie die fehlende Untermöglichkeit sowie eine Verschiebung einzelner Marktstände, aus Verwaltungssicht überwogen aber die Vorteile.

BM Kuhlmann erläutert die Planung und die dahinter stehende Idee. Man habe die Chance, durch Fördermittel die Arkaden auch neu gestalten zu können und nicht nur den Energiekostenverbrauch zu senken. Die Veränderung stelle eine funktionale Verbesserung dar. Historisch habe es die Arkaden nie gegeben. Die Marktaufstellung werde sich um einen Stand Richtung Waaghausstraße verschieben, da der Rathauseingang frei bleiben solle.

StR Abele meint, hierbei handle es sich nicht um das wichtigste Bauprojekt. Nicht die Hülle, sondern ihr Inhalt sei entscheidend und es gelte, Vor- und Nachteile abzuwägen. Ein Zuschuss allein dürfe kein entscheidendes Kriterium sein. Man werde daher keine Maßnahme realisieren, die man nicht als sinnvoll erachte. Eine Reduzierung der Verschmutzung und eine Vergrößerung des Platzangebotes im Inneren des Rathauses stellten eine Verbesserung ebenso dar wie die Verbesserung der allgemeinen Situation beispielsweise durch das Verhindern von Zugluft. Negativ sei, dass die Touristinformation zunächst nicht ins Rathaus kommen solle. Dies sei angesichts der aktuellen Finanzsituation in Ordnung, aber ein Kernbestandteil der Planung, falls sich diese verbessere. Die Verglasung bringe eine deutliche optische Veränderung und werde von vielen nicht als Vorteil gesehen. Auch müsse man die Altstadtsatzung und in diesem Zuge die Gleichbehandlung sehen. Nach der Altstadtsatzung seien bodengleiche Fenster nicht zulässig, auch wenn BM Kuhlmann erkläre, in diesem Fall seien sie möglich, da historisch belegt. Der Regenschutz entfalle und es entstünden Probleme für Marktbesucher. Man müsse sich fragen, ob ein Platzgewinn von 75 qm Investitionen in Höhe von 325 000 Euro rechtfertige und ob diese nicht anderweitig besser angelegt wären. In der CDU-Fraktion habe man hierüber lange diskutiert und eine Mehrheit sei momentan dagegen.

OB Fettback gibt zu bedenken, jetzt habe man eine Lösungsmöglichkeit, um die Eingangssituation zu verändern und eine Glasschiebetür mit einem Glaskubus vorzusehen.

BM Kuhlmann zeigt auf, dass ohne Verglasung der Arkaden das Foyer durch den Glaskubus deutlich verengt würde. Den Austausch der Fenster müsse man unabhängig von einer Schließung der Arkaden aus energetischen Gründen angehen.

StRin Kübler trägt vor, die Meinung in der SPD-Fraktion sei gespalten. Einig sei man sich darin, dass eine Bürgerinformationsstelle gewollt sei, die einen optimaleren und besseren Bürgerservice biete. Man wolle aber auch eine Verlegung der Tourist-Info und des Kartenservices ins Rathaus, das für Besucher erste Anlaufstelle sei. Man benötige einen funktionierenden, zugluftfreien Rat-

hauseingang, auch aus Fürsorgepflicht für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, da eine offene Theke geplant sei. Auch sei ein barrierefreier Zugang erforderlich, der ein bürgerfreundliches Rathaus widerspiegele. Bis auf die Verlegung der Touristinformation seien alle Forderungen von der Verwaltung aufgearbeitet worden, und der Umbau könnte endlich erfolgen. Die Schließung der Arkaden stelle aber eine neue Maßnahme dar und hier herrschten unterschiedliche Meinungen. Man sehe den Platzgewinn durchaus. Ein Verschieben der Verlagerung der Tourist-Info bezeichnet sie als bedauerlich. Die Voraussetzungen für die erforderlichen Arbeitsplätze sollten jetzt schon geschaffen werden. Sie kündigt einen entsprechenden Haushaltsantrag an. Der Personalmehrbedarf könne sicher mit guter Organisation in Grenzen gehalten werden. Die Schließung der Arkaden stelle einen massiven Eingriff in das Stadtbild dar. Fahrradstellplätze fehlten ebenso wie eine Unterstellmöglichkeit und Platz für Traugäste. Vor allem für Fahrradstellplätze müssten Alternativvorschläge unterbreitet werden. Negativ seien auch die Mehrkosten, die man akzeptieren könnte, wenn die Tourist-Info verlegt würde. Sie bittet um getrennte Abstimmung über die Ziffern 1 und 2 der Vorlage.

Herr Kopf nennt als grobe Kosten, die eingespart werden könnten, wenn man auf eine Verglasung der Arkaden verzichtete bis zu 50.000 Euro, da zwei Fensterelemente weniger ausgetauscht werden müssten und die Veränderungen im Fußbodenbelag entfielen.

StR Rieger signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler. Als künftige Verwendungsmöglichkeit für die Tür schlägt er eine Aufstellung auf dem Kreisel in der Waldseer Straße vor. Derzeit klagten die Mitarbeiter über die Zugproblematik. Durch die Schließung der Arkaden entfalle ein Brennpunkt bei der Polizei.

StR Weber hebt auf die verbesserte Zugsituation und den leichtern und einladenderen Eingang ins Rathaus ab. Man sei erfreut, die Zentrale in eine Bürgerinformationsstelle umwandeln zu können. Toll wäre, wenn in naher Zukunft auch die Tourist-Information ins Rathaus käme. Die Vorteile einer Schließung der Arkaden überwiegen aus Sicht der Grünen.

StR Braig nennt den fehlenden bürgerfreundlichen und barrierefreien Zugang, die schlechte Beleuchtung und den Platzgewinn von 100 m² durch die Schließung der Arkaden als Vorteil. Man stimme nicht aufgrund der Zuschussbewilligung zu, sondern weil man dies generell als sinnvolle Maßnahme erachte, wobei man sich der Nachteile bewusst sei.

StR Dr. Nuding tendiert dazu, die Arkaden offen zu lassen, da sie ein lieb gewordenes Erscheinungsbild und ein Markenzeichen des Rathauses geworden seien.

StRin Goeth meint, die Öffnungszeiten der Tourist-Information müssten nicht gleich lang sein wie die des Rathauses, sondern man könnte auch die gleichen Öffnungszeiten im Rathaus wie bislang im Forsthaus anbieten. Einfache Auskünfte könne das vorhandene Personal erledigen.

StR Abele gibt zu verstehen, es sei außer Frage, dass die energetische Sanierung durchgeführt werden müsse. Auch er hält eine getrennte Abstimmung über Ziffer 1 des Beschlussantrags für erforderlich.

Ohne weitere Aussprache tritt der Gemeinderat in die Abstimmung. Ziffer 1 wird mit 17 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt. Die Ziffern 2 (modifiziert) bis 5 werden einstimmig beschlossen. Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

1. Die Arkaden des Rathauses werden in der dargestellten Form geschlossen.
2. Es erfolgt gemäß vorliegendem Beschlussstand der Einbau der Bürgerinformationsstelle in Form einer offenen Theke im Erdgeschoss.
3. Der Kostenberechnung für die Maßnahmen in Höhe von insgesamt 325.000 € wird zugestimmt.
4. Die Finanzierung der zusätzlich erforderlichen 183.000,-- € (abzüglich 112.500,-- € Zuwendung im Rahmen des Konjunkturprogramms II) erfolgt im Haushaltsplan 2010 auf HH-Stelle 2.0610.940100.2-100.
5. Auf dieser HH-Stelle wird 2009 ferner eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 183.000,-- € bereitgestellt, um frühzeitig ausschreiben zu können. Die Deckung ist gewährleistet durch Reduzierung der VE Neubau Realschule (HH-Stelle 2.2210.940000.1-105) in gleicher Höhe, da diese im Jahr 2009 nicht mehr benötigt wird.

**TOP 10 Umsetzung des Investitionsförderprogramms "Zukunft Bildung und Betreuung" (IZBB) am Wieland- und Pestalozzi-Gymnasium in Biberach
Aufhebung des Sperrvermerks für einen Teilbetrag der Mittel auf HH-Stelle 2.2330.940000.2-100 im Haushaltsjahr 2009**

164/2009

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 164/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 21.09.09.

OB Fettback übermittelt allen Verwaltungsbeteiligten, namentlich Frau Leonhardt und Herrn Kopf, großen Dank für die enge, kooperative und zielführende Umsetzung des Programms.

Es wird applaudiert.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Sperrvermerk auf HH-Stelle 2.2330 940000.2-100 wird für einen Teilbetrag in Höhe von 50.000,- € aufgehoben.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 171/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 21.09.09.

BM Kuhlmann lässt wissen, StR Braig habe im Bauausschuss die Gesamtkosten für die Jugendkunstschule erfragt. Er beziffert die Gesamtausgaben mit ca. 2,5 Mio. € und den Zuschuss mit 1,04 Mio. €.

Auf Frage von StR Funk nach den noch zu erwartenden Kosten lässt BM Kuhlmann wissen, diese seien noch offen. Für die Dämmung/Abdichtung der Arkaden rechne man mit 25.000 €. Falls die Wohnung in Angriff genommen würde, müssten grob kalkuliert für die Dach-Wärmedämmung 180.000 € aufgebracht werden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der in Drucksache Nr. 171/2009 dargestellten Entwurfsplanung wird zugestimmt.**
- 2. Der Kostenberechnung mit Kosten in Höhe von 610.000,-- € wird zugestimmt.**
- 3. Zusätzlich wird an der Süd-, Ost- und Westseite ein Sonnenschutz eingebaut mit Kosten in Höhe von 36.500,-- €.**
- 4. Die Finanzierung der insgesamt 646.500,-- € erfolgt wie dargestellt: Im Jahr 2009 werden überplanmäßig 50.000,-- € auf HH-Stelle 2.3450.940000.9-100 bereitgestellt. Die Deckung ist gewährleistet durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage. Die Finanzierung der weiteren Mittel in Höhe von 596.500,-- € erfolgt im HH-Plan 2010.**
- 5. Mit den weiteren Planungsleistungen wird das in Biberach ansässige Büro Gurland + Seher Architekten BDA beauftragt.**
- 6. Es wird eine Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe des 2010 erforderlichen Haushaltsansatzes, das sind 596.500,-- €, für das Jahr 2009 bereitgestellt. Die Deckung dafür ist gewährleistet durch Reduzierung der VE für den Neubau der Realschule (HH-Stelle 2.2210.940000.1-105) in gleicher Höhe, da diese in 2009 nicht mehr benötigt wird.**
- 7. Auch für die Maßnahme Sanierung der alten PG-Sporthalle (siehe DS 120/2009) wird eine VE 2009 in Höhe des 2010 erforderlichen HH-Ansatzes, 1.415.000,-- €, bereitgestellt. Die erforderliche Deckung ist durch Reduzierung der VE bei der Sanierung Pflugschule (HH-Stelle 2.2700.941000.1-100), die dieses Jahr nicht mehr benötigt wird, in gleicher Höhe gewährleistet.**

TOP 12 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften
"Guttenbrunnweg/Krummer Weg"
a) Bericht von der Bürgerbeteiligung und der Beteiligung der
Träger öffentlicher Belange
b) Billigung des Regelwerkentwurfes

162/2009

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 162/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 21.09.09.

BM Kuhlmann erläutert die Planung und zeigt auf, um welche Flächen es sich handle. Es sei ein rechtskräftiger Bebauungsplan vorhanden, der Geschosswohnungsbau mit zwei Geschossen vorsehe. Ziel sei jedoch, mehr Richtung Einfamilienhausbau zu verändern. Man befinde sich in Gesprächen mit einem Investor. Dadurch bestehe die Möglichkeit, relativ preisgünstige Einfamiliengebäude anbieten zu können. Die Erschließung erfolgte über eine Stichstraße, die vom Investor finanziert würde. Er bezeichnet diese Maßnahme als kleine, sinnvolle Wohnungsbauentwicklung. Die vorgesehenen Zisternen sehe man als einfachste Pufferungsmöglichkeit für die Entwässerung.

Herr Falk lässt wissen, das Wasserwirtschaftsamt nehme bisher eine ablehnende Haltung zu einem dritten Überlauf ein, um den man sich bemühe, um auch Starkregen abdecken zu können.

StR Abele signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion. Es sei gut, wenn private Investoren Geld in die Hand nähmen. Bedenken habe man, wenn Zisternen vorgeschrieben würden, ob sie dann noch von der Stadt gefördert werden könnten.

OB Fettback stellt klar, wenn Zisternen rechtlich vorgeschrieben würden, erfolge keine städtische Förderung mehr.

StR Dr. Nuding gibt zu verstehen, Ziffer 2.7 des Bebauungsplans funktioniere grundsätzlich nicht. Er legt dar, dass sich der Zwischenraum mit Wasser füllen und dann das Wasser oben hinausquellen werde. Wenn dann noch Zisternenwasser zum Hausgebrauch verwendet werde, werde es problematisch und der Bauherr müsse eine Pumpe installieren. Auch gibt er zu bedenken, was mit öffentlichen Grünflächen geschehe und äußert die Vermutung, dass das Wasser über das öffentliche Grün in den gegenüberliegenden Keller laufen werde. Er schlägt statt dessen vor, einen Stauraumkanal vorzusehen.

BM Kuhlmann schlägt vor, Ziffer 2.7 von der Beschlussfassung auszunehmen. Parallel zur Offenlage werde man dieses Detail klären und dann darlegen.

StR Braig lobt BM Kuhlmann für die vorzügliche Kostenaufstellung der letzten beiden Vorlagen. Bei dieser falle auf, dass zwei Stellplätze pro Wohneinheit hergestellt werden sollten und weitere im öffentlichen Raum. Dies stelle einen gewaltigen Fortschritt dar.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der aus Bebauungsplan und örtlichen Bauvorschriften bestehende Regelwerkentwurf „Guttenbrunnweg/Krummer Weg“ wird zur öffentlichen Auslegung gebilligt. Maßgebend ist der Plan Nr. 889/21 vom 01.09.2009 Index C.

Ziffer 2.7 – Behandlung von Niederschlagswasser – des schriftlichen Teils des Bebauungsplans wird von der Beschlussfassung ausgenommen und diese Frage bis zur Offenlage geklärt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 161/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 21.09.09. Der ausgedehnte Plan für das Untersuchungsgebiet ist als **Anlage 2** beigefügt.

BM Kuhlmann gibt eine kurze Einführung ins Thema. Als nächsten Schritt kündigt er die sehr differenzierte Bestandsaufnahme an. Man wolle Ziele und Maßnahmen ausarbeiten, die Grundlage für ein Programm darstellten, das aufzeige, welche Maßnahmen ergriffen werden müssten. Es sei eine umfassende Bürgerbeteiligung mit einer Fragebogenaktion vorgesehen, wobei man den Fragebogen zuvor im Bauausschuss diskutieren werde. Erst dann werde der Maßnahmenkatalog formuliert. Der Geltungsbereich sei momentan weit gefasst. Ziel sei, ein deutlich reduzierteres Gebiet zu sanieren.

StR Abele dankt der Verwaltung für ihr Bemühen. Die CDU-Fraktion habe kein Problem mit der Ausweisung eines Sanierungsgebiets und einer sozialen Ausrichtung, wobei dieser Ansatz auch in künftigen Diskussionen berücksichtigt werden müsse. Die Stadtsanierung müsse aber zunächst auch als die klassische Sanierung verstanden werden, sprich man wolle Investitionssituationen verbessern. Daher sei eine enge Abstimmung erforderlich, damit nicht falsche Erwartungen bei den Bewohnern geweckt würden, die man danach nicht realisieren könne. Es dürften auch keine künstlichen Hürden für private Investoren aufgebaut werden.

StR Keil sieht das soziale Element als dynamisches Element und hebt auf den Generationenumbruch ab. Das Quartier berge große Chancen, die man wahrnehmen müsse. Die SPD-Fraktion sei froh, dass die Anregung aufgenommen worden sei, das Gebiet auszudehnen. Leider sei die Planung, die Umgehungsstraße teilweise im Tunnel zu führen, noch enthalten. Die SPD-Fraktion stimme dennoch zu.

Auch die Freien Wähler werden laut StR Rieger zustimmen. Er spricht den Tafelladen an und bezeichnet die bisherige Situation, bei der Kunden auf der Straße warten müssten, als unwürdig.

StR Weber findet namens der Grünen das soziale Element sehr toll. Wichtig sei auch, dass die Energieeffizienz eine wesentliche Rolle spiele. Man müsse die Menschen mitnehmen. Es handle sich um ein lebendiges, aber auch sehr sensibles Gebiet, weshalb sehr gefühlvoll vorgegangen werden müsse.

StR Braig signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion. Er versichert, dass man eine eindeutige Präferenz für investive Pläne habe. Auch er hält eine sensible Handhabung und Kontakte mit möglichen Investoren für erforderlich.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Gemäß § 141 Abs. 3 BauGB wird der Beginn der vorbereitenden Untersuchung für den Bereich „Innenstadt Südwest“ entsprechend Anlage 1 (Abgrenzungsplan vorbereitende Untersuchung) beschlossen. Der Beschluss wird gemäß § 141 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekanntgemacht.**
- 2. Die Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH wird mit der Durchführung der vorbereitenden Untersuchung beauftragt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 151/2009 zur Beschlussfassung vor.

StR Dullenkopf schlägt vor, über Ziffer 3 gesondert abzustimmen, da er ein Problem damit habe, sich selbst zu entlasten, worauf OB Fettback zu verstehen gibt, dass dies rechtlich kein Problem darstelle.

StR Dullenkopf meint, den Verlustvortrag könne man noch einige Jahre betreiben, da die Stadt in den letzten Jahren die Gewinne nicht voll abgeschöpft habe.

StR Funk zeigt auf, die Stadtwerke befänden sich derzeit auf der sicheren Seite durch die gute Eigenkapitalausstattung durch die Stadt. Man habe so viele Auslagerungen gemacht, dass das Anlagevermögen momentan 39 Mio. € betrage, man Aktiva mit 42 Mio. € und Eigenkapital mit 31 Mio. € habe. Die Beteiligungserträge beliefen sich auf 2 Mio. €. Betrachte man die Untersparten mit Bädern, Parkierung und ÖPNV werde deutlich, dass viele Aufgaben auf die Stadtwerke ausgelagert seien, die normalerweise von der Kommune erledigt werden müssten.

OB Fettback bestätigt, es sei keine Gefahr im Verzug angesichts einer Eigenkapitalquote von 70 %.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Biberach GmbH wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

- 1. Der Jahresabschluss 2008 wird, unter Berücksichtigung des Bestätigungsvermerkes vom 27.05.2009 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EversheimStuible Treuberater GmbH, festgestellt.**
- 2. Verwendung des Verlustes aus dem Jahresabschluss 2008:
Der Jahresverlust in Höhe von 481.815,12 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.**
- 3. Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat werden für das Geschäftsjahr 2008 entlastet.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 160/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 17.09.09.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Es wird die als Anlage 1 von Drucksache Nr. 160/2009 beigelegte Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen vom 20. Februar 2006 beschlossen.**
- 2. Die weitere Erschließungsbeitragssatzung vom 12. September 1989 mit dem Stand vom 17. Mai 1993 wird noch nicht aufgehoben.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 168/2009 zur Beschlussfassung vor.

StR Dr. Nuding wundert sich über die Höhe der Vermögensumlage an den AZV, die nur noch halb so groß sei wie im Vorjahr. Er bittet dies zu begründen. Ferner bittet er die Gründe für die geringe Fremdwasserabführung zu nennen.

Frau Leonhardt lässt wissen, die Vermögensumlage sei abhängig von den Investitionen des AZV.

Herr Falk lässt wissen, im Haushalt seien nur Pauschalen bezüglich der Fremdwasserabführung geplant. Die Maßnahmen seien nicht so umgesetzt worden, wie man sich das gedacht habe.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Biberach stellt die Sonderrechnung für den Eigenbetrieb Stadtentwässerung Biberach und den hieraus entwickelten Jahresabschluss fest und fasst folgende Beschlüsse:

1. Aufgrund von § 16 Abs. 3 EigBG wird der Jahresabschluss 2007 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach wie folgt festgestellt:

1.1 Bilanzsumme	48.609.914,37 €
1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf das Anlagevermögen das Umlaufvermögen	48.292.207,72 € 317.706,65 €
1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf	
- das Eigenkapital	0,00 €
- die empfangenen Ertragszuschüsse	13.990.757,99 €
- die Rückstellungen	375.213,44 €
- die Verbindlichkeiten	34.243.942,94 €
1.2 Gewinn- und Verlustrechnung	
- Jahresüberschuss	341.089,24 €
- Summe der Erträge	7.048.150,39 €
- Summe der Aufwendungen	6.707.061,15 €

2. Der Jahresgewinn (Überschuss) von 341.089,24 € wird den Rückstellungen zugeführt und dient zum Ausgleich der für die nachfolgenden Wirtschaftsjahre möglicherweise zu erwartenden Verluste.

3. Die Betriebsleitung des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach wird für das Wirtschaftsjahr 2007 entlastet.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 180/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 17.09.09.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Am 7. Oktober 2009 findet um 19 Uhr im Audimax der Hochschule Biberach eine Bürgerversammlung zum Thema „Neubau Realschule“ statt.

TOP 18.1 Verschiedenes: Fußgängerampel Ulmer/Memminger Straße

StRin Drews erinnert erneut an ihren Hinweis zur gefährlichen Schaltung der Fußgängerampel in der Ulmer/Memminger Straße, die dringend umgestellt werden müsse. Seit ihrem letzten Hinweis hierauf habe sich nichts getan.

BM Kuhlmann antwortet, das Thema sei angekommen. Man habe an anderer Stelle auch noch solch einen Fall.

TOP 18.2 Verschiedenes: Höhe der Sitzbänke in Bushaltestellen

StR Braig bringt vor, die Höhe der Bänke in Bushaltestellen sei unterschiedlich. Teilweise müssten sie erhöht werden, damit Menschen mit Hüftproblemen oder Rollator sie auch nutzen könnten. Dies gelte beispielsweise für die Bushaltestelle beim Parkdeck Stadthalle.

TOP 18.3 Verschiedenes: Müllproblematik in der Fritz-Lieb-Straße

StR Braig bringt vor, bei ihm hätten sich vier Personen beklagt, dass in der Fritz-Lieb-Straße vor allem vor dem städtischen Gebäude hinter dem Getränkehandel die Müllproblematik immer mehr zunehmen. Er bittet, sich hierum zu kümmern.

EBM Wersch **sagt zu**, dem Hinweis nachzugehen.

TOP 18.4 Verschiedenes: Braith-Haus, Karl-Müller-Straße

StRin Kapfer fragt, ob es Neuigkeiten bezüglich des Braith-Hauses in der Karl-Müller-Straße gebe.

EBM Wersch lässt wissen, es sei für die Oktober-Sitzung eine Vorlage geplant.

TOP 18.5 Verschiedenes: Vollsperrung Bergerhauser Straße und Ampelschaltung beim Neukauf

StR Dr. Nuding regt an, während der Sperrung der Bergerhauser Straße aufgrund der Bauarbeiten die Ampelschaltung beim Neukauf anzupassen.

Anschließend wird die Sitzung von 19:25 Uhr bis 19:40 Uhr zur Vesperpause unterbrochen. Dann schließt sich eine nichtöffentliche Sitzung an.

Gemeinderat, 28.09.2009, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
(ohne TOPs 6+7)		
Vorsitzender:	EBM Wersch
(TOPs 6+7)		
Stadtrat:	Wiest
Stadtrat:	Keil
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	BM Kuhlmann